

gos, beugte sich dann jedoch dem Druck Washingtons und verwarf die Absicht vorerst (siehe C.a., 2/2005, Dok 1).

Mittlerweile haben sich die Positionen zu diesem Thema auch in Europa verändert. Sprach sich die britische Regierung in der Vergangenheit gegen eine Beendigung des Embargos aus, so tritt sie nun öffentlich stärker dafür ein. (ST, 12., 16.11.05) Eine entgegengesetzte Entwicklung fand in Deutschland statt, wo sich Gerhard Schröder in den vergangenen Jahren vehement gegen das Embargo einsetzte. Im neuen Kabinett unter Bundeskanzlerin Angela Merkel stehe eine Aufhebung des Waffenembargos nicht auf der Tagesordnung, erklärte der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag. Im Gespräch mit dem chinesischen Staatsgast erwähnte die designierte Kanzlerin Merkel das sensible Thema jedoch nicht. Sie äußerte stattdessen den Wunsch, die engen Beziehungen mit China fortzusetzen, gleichzeitig aber auch den Dialog in Fragen der Menschenrechte zu intensivieren. Intern hieß es, das Thema des Waffenembargos werde in Zukunft an die Frage der Menschenrechte gekoppelt.

Auch der ungewöhnlich offene Aufruf von Bundespräsident Horst Köhler nach mehr Freiheit und Demokratie für Chinas Bürger sowie diverse Demonstrationen gegen die chinesische Regierung, die den Staatsbesuch in allen drei Ländern begleiteten, werden Hu wohl kaum gefallen haben.

Neben diesen unbequemen Themen bot der Drei-Länder-Besuch in Europa jedoch auch viel Gelegenheit dazu, die gemeinsame Zusammenarbeit zu loben und auszubauen. Deutschland und China gründeten das Chinesisch-Deutsche Dialog-Forum, das sich abwechselnd in beiden Ländern treffen wird. Dieser neue Kooperationsmechanismus soll den Regierungen beider Staaten Vorschläge zur bilateralen Zusammenarbeit unterbreiten. In allen drei besuchten Ländern betonte Hu Jintao in seinen Reden Chinas Weg einer friedlichen Entwicklung und warb

für die Ausweitung der Kooperation. Er verbreitete die Botschaft, Chinas Wirtschaftsboom sei für Europa keine Bedrohung, sondern eine Chance.

Die wirtschaftliche Zusammenarbeit, die mit Vertragsunterzeichnungen im Wert von mehreren Milliarden Euro erneut Erfolge verzeichnen konnte, stand eindeutig im Vordergrund der Europareise. Während in Deutschland die chinesische Bestellung von ICE-Zügen und eine Bankenkooperation besiegelt werden konnten, profitierte Spanien hauptsächlich in der Telekommunikationsbranche und Großbritannien überwiegend im Bereich der Luftfahrt.

Die spanisch-chinesischen Beziehungen erfuhren mit dem Besuch Hu Jintaos eine Aufwertung zur „privilegierten Partnerschaft“. Diesen Status erhielten von China bislang in Europa nur Großbritannien, Frankreich und Deutschland. Außerdem konnten 16 spanisch-chinesische Abkommen geschlossen werden, darunter auch Kooperationen im Energiebereich sowie ein Auslieferungsvertrag für verurteilte Straftäter – der erste zwischen einem Staat der Europäischen Union und der VR China. Sowohl Spanien als auch Deutschland intensivierten während des Besuches die parlamentarische Zusammenarbeit mit China. Mit einer Ausstellungseröffnung in London und der Grundsteinlegung für das Chinesische Kulturzentrum in Berlin konnte darüber hinaus auch der kulturelle Austausch auf bilateraler Ebene gefördert werden. In Großbritannien wurden weiterhin besonders Fragen des Klimawandels und der internationalen Sicherheit diskutiert.

Ob Hu Jintao das erklärte Hauptziel seiner diplomatischen Bemühungen in Europa erreicht hat, kann jedoch bezweifelt werden. Spanien und Großbritannien sicherten dem chinesischen Staatsgast zwar ihre Unterstützung in der Frage des Waffenembargos zu, mit der gegenwärtig ablehnenden Haltung in Deutschland wird es innerhalb Europas jedoch in na-

her Zukunft keine Einigung bezüglich dieses Themas geben. (FT, 12./13.11.05, S. 3; Xinhua, 14.11.05, nach BBC PF, 14.11.05; Xinhua, 9., 10., 11.11.05, nach BBC EF, 9., 10., 11.11.05; XNA, 8., 9., 10., 12., 13., 15.11.05; ZTS, 5.11.05, nach BBC PF, 5.11.05; ST, 10., 12., 16.11.05; ddp news agency, 10.11.05, nach BBC EF, 10.11.05; *Berliner Zeitung*, 10., 12./13., 23.11.05; SCMP, 10., 11., 12., 13., 14., 16.11.05) -cam-

---



---

## Innenpolitik

Heike Holbig / Katrin Willmann

---



---

### 7 Erstes Weißbuch zur „politischen Demokratie“ in China

Am 19. Oktober hat das Informationsbüro des Staatsrats ein Weißbuch mit dem Titel *Der Aufbau politischer Demokratie in China* veröffentlicht. Es handelt sich um das erste Weißbuch dieser Art, dessen Ausarbeitung nach Aussagen eines Vertreters des Autorenkollektivs über ein Jahr in Anspruch genommen hat und an dem über einhundert Experten mitgewirkt haben.

Das Weißbuch erschien wenige Tage, nachdem der US-amerikanische Kongress und mehrere hochrangige US-Politiker, darunter Robert Zoellick und Donald Rumsfeld sowie der neue Weltbank-Präsident Paul Wolfowitz an die chinesische Führung appelliert hatten, der Bevölkerung mehr politische Partizipationsrechte zu gewähren und in stärkerem Umfang demokratische Wahlen zuzulassen. Ein Sprecher des chinesischen Staatsrats stritt jedoch ab, dass der Zeitpunkt der Veröffentlichung des Weißbuchs in einem inhaltlichen Zusammenhang mit diesen Appellen stünde.

Das umfangreiche Dokument (32.000 Zeichen, 74 Seiten in englischer Übersetzung, nachzulesen unter [http://news.xinhuanet.co/english/2005-10/19/content\\_3645750.htm](http://news.xinhuanet.co/english/2005-10/19/content_3645750.htm); Originaltext unter RMRB,



20.10.05) verteidigt im Wesentlichen den politischen Status quo und lehnt jegliches Ansinnen westlicher Staaten ab, die Entwicklung des politischen Systems in der VR China am westlichen Verständnis von Demokratie im Sinn eines parlamentarischen Mehrparteiensystems mit Konkurrenzahlen zu messen. Vielmehr sei es das Recht eines jeden Staates, das für die jeweiligen historischen Realitäten und nationalen Bedingungen am besten geeignete System zu wählen. Einen universalen, absoluten Standard von Demokratie gebe es nicht, vielmehr sei die Entwicklung des politischen Systems das Ergebnis jeweils spezifischer historischer Gegebenheiten. In diesem Sinne stelle die „sozialistische politische Demokratie“ Chinas eine spezifische Synthese aus Grundprinzipien des Marxismus und den Lehren der chinesischen Realität dar, die sowohl nützliche Elemente aus verschiedenen politischen Zivilisationen anderer – auch westlicher – Staaten als auch traditionelle Elemente der chinesischen Kultur und Zivilisation übernommen habe.

In seiner gesamten Argumentationsstruktur untermauert das Weißbuch den politischen Führungsanspruch der Kommunistischen Partei, der einer „historischen Wahl“ des chinesischen Volkes entspringe. Chinas Demokratie sei eine „Volksdemokratie unter der Führung der KPCh“. Mit Verweisen auf die „Volksmassen“ als „Herren im eigenen Haus“, auf „demokratischen Zentralismus“ und die „demokratische Diktatur des Volkes“, aber auch auf die „dominante Stellung öffentlichen Eigentums“, das eine „Manipulation durch das Kapital“ verhindere, liest sich das Dokument in zentralen Teilen wie ein Auffrischkurs in Marxismus-Leninismus, der im politischen Diskurs der vergangenen Jahre selten in einer solchen Reinform zu finden war. Ergänzt werden diese Teile durch Ausführungen zu verschiedenen „demokratischen“ Institutionen und Freiheitsrechten wie das System der Volkskongresse, der politischen Konsultation im Rahmen einer „Mehrparteienkooperation“, Dorfwahlen, re-

gionaler Autonomie ethnischer Minderheiten, Dorfwahlen, Meinungs-, Rede-, Religionsfreiheit und anderen demokratischen Freiheiten und Menschenrechten, deren stereotype Argumentation aus einer langen Serie früher publizierter Weißbücher bekannt ist (vgl. etwa C.a., 1999/9, Ü 12, 2/2005, Dok 12, 3/2005, Dok 15).

Probleme und Defizite werden innerhalb dieser Eulogie „sozialistischer politischer Demokratie“ nur vage und am Rande eingestanden. Unter anderem seien das demokratische System noch nicht perfekt und die Partizipationsrechte der Bevölkerung noch nicht vollständig realisiert; Gesetze seien zum Teil nicht ausreichend umgesetzt; Amtswillkür und Korruption beständen weiter und breiteten sich zum Teil noch aus; die Mechanismen zur Überwachung und Kontrolle staatlichen Handelns durch das Volk müssten noch weiter verbessert und das Verständnis von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Bevölkerung gestärkt werden. Bedarf für weitere Reformschritte wird entsprechend vor allem im Verwaltungs-, Rechts- und Justizbereich sowie in einer weiteren „innerparteilichen Demokratisierung“ gesehen, die dazu beitragen soll, die parteiinterne Kontrolle über das Verhalten von Partei- und Regierungsfunktionären zu stärken. Keine Erwähnung findet hingegen die Ausweitung der Konkurrenzahlen von der Dorf- auf höhere administrative Ebenen (obgleich diese in den Diskussionen politischer Eliten in China durchaus im Gespräch sind) oder Verbesserungen im Bereich demokratischer Freiheiten und Menschenrechte.

Erklären lässt sich der stark konservative Tenor des Weißbuchs wohl tatsächlich nur als defensiver Reflex auf die wiederholte Kritik an der Stagnation politischer Reformen und undemokratischer Praktiken in der VR China, die die zunehmend selbstbewusste parteistaatliche Führung nicht länger stillschweigend hinnehmen will. Entsprechend wird dem idealen Demokratieverständnis westlicher Staaten

ein utilitaristisches Verständnis von Demokratie als Mittel zum Zweck entgegengesetzt: Der Aufbau politischer Demokratie diene unter anderem der Aufrechterhaltung der „organischen Einheit zwischen der Führung durch die KPCh und der Position der Volksmassen als Herren im eigenen Haus“, der Wahrung sozialer Stabilität, der wirtschaftlichen Modernisierung und stetigen Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung, sowie dem Schutz der nationalen Souveränität, territorialen Integrität und staatlichen Würde (ibid.). Fang Ning, Vizepräsident des Politikwissenschaftlichen Instituts der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften, brachte dieses Selbstbewusstsein in einem Expertenkommentar auf den Punkt: „Es ist völlig undenkbar, dass eine Volkswirtschaft über mehr als zwanzig aufeinander folgende Jahre mit einer Rate von über 9% wachsen kann, ohne dass die politische Demokratie das ihre dazu tun würde“ (XNA, 19.10.05). (Xinhua, 19.10.05, nach BBC PF, 21.10.05; XNA, 18., 19.10.05; SCMP, 20.10.05; IHT, 19.10.05; WSJ, 20., 24.10.05; ST, 20., 21.10.05; FT, 20.10.05; NZZ, 2.11.05) -hol-

## 8 Politische Gratwanderung zum 90. Geburtstag Hu Yaobangs

Selten dringen über die Entscheidungsprozesse im höchsten politischen Machtorgan der Volksrepublik, dem neunköpfigen Ständigen Ausschuss des Politbüros, Informationen nach außen. Eine Ausnahme bildeten die Vorbereitungen auf den 90. Geburtstag des 1989 verstorbenen früheren KPCh-Generalsekretärs Hu Yaobang am 20. November d.J., der offenbar Anlass für kontroverse Auseinandersetzungen innerhalb dieses Gremiums war.

Wie aus Insiderkreisen der politischen Elite in Beijing im Vorfeld des Jubiläums bekannt geworden war, war es seit dem Amtsantritt des jetzigen KPCh-Generalsekretärs Hu Jintao dessen persönlicher Wille gewesen, seinen Mentor und Förderer innerhalb des Kommunistischen



Jugendverbands, Hu Yaobang, der 1987 unter dem Vorwurf „bourgeois-liberaler“ Haltung zum Rücktritt von seinen parteipolitischen Ämtern gezwungen worden war, postum zu rehabilitieren. Anfang 2005 soll Hu Jintao dem Sohn Hu Yaobangs, Hu Deping (heute einflussreicher Funktionär im Bund für Industrie und Handel, dem größten Wirtschaftsverband des Privatsektors), zugesagt haben, die Rehabilitierung seines Vaters in Bälde einzuleiten. Als Motiv Hu Jintaos für diesen Schritt vermuteten Kommentatoren den Wunsch Hu Jintaos, am liberalen, reformorientierten Prestige des verstorbenen Politikers teilzuhaben, der selbst maßgeblich an der Rehabilitierung zahlreicher Opfer der Anti-Rechts-Kampagne von 1957 und der Kulturrevolution mitgewirkt hatte. Zum anderen wird vermutet, dass Hu Jintao seine persönliche Machtbasis durch die Aufwertung des Kommunistischen Jugendverbands stärken wollte, dessen Netzwerk Hu Jintao ebenso wie Hu Yaobang seine politische Karriere zu verdanken hat (vgl. C.a., 5/2005, Dok 9). Vor diesem Hintergrund sei ursprünglich geplant gewesen, am 20. November eine große offizielle Gedenkfeier mit 2.000 geladenen Gästen in der Großen Halle des Volkes in Beijing abzuhalten, zu der das gesamte Politbüro erscheinen sollte. Parallel dazu sollte im Dorf Cangfang, dem Geburtsort Hu Yaobangs in der Provinz Hunan, eine neu errichtete Gedächtnisstätte feierlich eröffnet werden.

Gegen diese Pläne sollen in den Wochen vor dem Jubiläum vier der insgesamt neun Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Politbüros, darunter Ministerpräsident Wen Jiabao, Einwände erhoben haben. Insiderinformationen zu Folge fürchteten sie, allzu groß angelegte offizielle Feiern könnten den Anlass für eine Mobilisierung von Sympathisanten des verstorbenen Politikers bieten und zum Einfallstor für spontane Protestaktionen in der Hauptstadt nach dem Vorbild der Demonstrationen vom Frühjahr 1989 werden, die durch den überraschenden Tod Hu Yaobangs durch einen

Herzinfarkt ausgelöst worden waren. Gegen die geplante Eröffnung der Gedächtnisstätte in Cangfang wurde eingewandt, dass diese ebenfalls einen Kristallisationspunkt für eine Mobilisierung sozialer Proteste bilden könnte, zumal sie die ebenfalls in der Provinz Hunan befindlichen Gedenkstätten für Mao Zedong und Liu Shaoqi an Größe übertreffe und damit falsche Signale bezüglich der politischen Bedeutung Hu Yaobangs setze. Mit dem Argument, dass der Tod Hu Yaobangs in keinem kausalen Zusammenhang zu den Demonstrationen von 1989 stünde, soll Hu Jintao seine Pläne für eine Rehabilitierung seines Mentors grundsätzlich verteidigt, jedoch Kompromissbereitschaft im Hinblick auf das zeremonielle Protokoll gezeigt haben.

Folgender Kompromiss zwischen den beiden im Ständigen Ausschuss des Politbüros vertretenen Positionen setzte sich schließlich durch: Die offizielle Gedenkfeier zu Ehren Hu Yaobangs in der Halle des Großen Volkes wurde nicht am 20. November, sondern zu einem vorab nur vage angekündigten Termin „Mitte November“ abgehalten, um zu vermeiden, dass sich zu dem Anlass größere Zahlen von Sympathisanten organisieren könnten. Faktisch wurde der Vormittag des 18. November gewählt, als Hu Jintao sich auf einem Staatsbesuch in Südkorea befand und so ein triftiger Grund bestand, ihn von der persönlichen Teilnahme an dem Ereignis zu entschuldigen. Statt der ursprünglich geplanten 2.000 waren nur rund 300 Gäste zu der Veranstaltung geladen, die formal zu einem einfachen „Symposium“ (*taolunhui*) herabgestuft worden war. Auf die Eröffnung der Gedächtnisstätte in Hu Yaobangs Geburtsort Cangfang wurde gänzlich verzichtet; stattdessen wurde am 20. November in der administrativ übergeordneten Kreisstadt Liuyang in der Provinz Hunan eine offizielle Feierstunde kleineren Maßstabs abgehalten.

Trotz dieser mehrfachen protokollarischen Herabstufung der Gedenkfeiern erfuhr Hu Yaobang dennoch eine postume Rehabilitierung. In

einer „wichtigen Rede“, die Zeng Qinghong an der Stelle Hu Jintaos während des Symposiums am 18. November verlas und die im vollen Wortlaut in der staatlichen Presse veröffentlicht wurde, wurden Hu Yaobangs parteipolitische und persönliche Verdienste ausführlich gewürdigt. Hervorgehoben wurden insbesondere seine standhafte Position in den ideologischen Auseinandersetzungen mit den kulturrevolutionären Kräften Ende der 1970er Jahre, sein engagiertes Eintreten für die vollständige politische Rehabilitierung zahlreicher Opfer der Kulturrevolution, seine aktive Mitwirkung an der Formulierung der Reform- und Öffnungspolitik in den frühen 1980er Jahren, sein persönliches Eintreten für benachteiligte Bevölkerungsgruppen, seine aufgeschlossene Haltung gegenüber intellektuellen Leistungen, Wissenschaft und Bildung und seine Bemühungen um die Verjüngung und bessere fachliche Qualifizierung von Partei- und Regierungsfunktionären. Wie dieser Katalog von Würdigungen zeigt, wurden hier verschiedene Verdienste herausgestellt, die sich auch die neue parteistaatliche Führung unter Hu Jintao auf ihre Fahnen schreibt (vgl. den Fokus von Heike Holbig zur jüngsten ZK-Plenartagung im vorderen Teil dieses Heftes).

Weiterhin tabuisiert wurden allerdings die Umstände, die Anfang 1987 zum Ende der politischen Karriere Hu Yaobangs führten (vgl. C.a., 1987/1, S. 63-68). In der Rede Zeng Qinghongs endet die in den ersten Dekaden durchaus ausführlich dargestellte Biographie Hu Yaobangs (in der wiederum seine Aktivitäten im Kommunistischen Jugendverband seit 1952 besonderes Gewicht erhalten), abrupt im Jahr 1987. In dem offensichtlichen Bemühen, jeglichen Konnex zu den Ereignissen des Jahres 1989 zu vermeiden, finden die Gründe für seinen Rücktritt vom Amt des KPCh-Generalsekretärs sowie die Umstände und Folgen seines unerwarteten Todes im April 1989 keinerlei Erwähnung. Wie diese rhetorische Gratwanderung deutlich macht, bleibt



es trotz der jüngsten Rehabilitierung Hu Jintaos ein weiter Weg zur politischen Aufarbeitung der Studentendemonstrationen im Frühjahr 1989 und ihrer Niederschlagung am 4. Juni. (RMRB, 19.11.05; Xinhua, 18.11.05, nach BBC, PF, 19., 21.11.05; XNA, 18.11.05; IHT, 14., 18.11.05; SCMP, 12., 14., 16., 17.11.05; TKP, 19.11.05, nach BBC PF, 22.11.05; ST, 8., 16.11.05; WSJ, 15.11.05) -hol-

## 9 50. Gründungstag der Autonomen Region Xinjiang – ein neues Kapitel im Konflikt zwischen Separatisten und der Zentralregierung?

Am 1. Oktober 2005 beging die parteistaatliche Führung den 50. Jahrestag der Gründung der Autonomen Region Xinjiang. Wie bereits anlässlich des 40-jährigen Jubiläums der Autonomen Region Tibet im September 2005, räumte sie dabei den Errungenschaften für Xinjiang besonderen Stellenwert ein (vgl. C.a. 5/2005, Dok 12). Gleichzeitig verdeutlichte die Zentralregierung ihre Strategie der „harten Hand“ gegen Separatisten aus der Autonomen Region. Nach Unabhängigkeit strebende uigurische Organisationen im Ausland nutzten im Gegenzug ebenfalls die Gelegenheit zur Selbstpositionierung.

Einem Artikel des Parteijournals *Qiushi* (Wahrheitssuche) zufolge hätten durch den positiven Einfluss der KPCh Erfolge in der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung und im Ausbau der Infrastruktur für Verkehr, Industrie, Telekommunikation und Bildung erzielt werden können. Einen Beitrag zur ethnischen Einheit leistete nach Meinung des Autors des Artikels, Wang Lequan, Mitglied des Politbüros und Parteisekretär der Autonomen Region Xinjiang, u.a. die Erhöhung des Anteils der Angehörigen ethnischer Minderheiten an den Funktions- und Führungsämtern. Hinsichtlich ihrer Zielsetzung für die zukünftige Entwicklung Xinjiangs stellte die KPCh wiederum die außerordentliche Bedeutung von Stabilität heraus und unterstrich damit nicht

nur die weitere Bekämpfung akuter separatistischer Bestrebungen der muslimischen Minderheit, den Uiguren, sondern auch die Möglichkeit weiterer Präventivschläge, so der Artikel im Parteijournal.

Luo Gan, Mitglied des Politbüros und Leiter der ZK-Kommission für Politik und Recht hatte bereits während einer Reise nach Xinjiang wenige Tage zuvor auf das entschlossene Vorgehen gegen Separatisten hingewiesen. Er propagierte sogar eine weitere Intensivierung von Razzien und forderte die Sicherheitskräfte auf, auf die lauenden Gefahren vorbereitet zu sein.

Auf der anderen Seite nutzten einige im Exil lebende uigurische Befreiungskämpfer für ein unabhängiges Ostturkestan diesen Jahrestag ebenso, um ihre Position und ihre Konfliktbereitschaft zu verdeutlichen. So erhielt die britische Rundfunkanstalt BBC pünktlich zum Gründungstag der Autonomen Region von der „Befreiungsbewegung Ostturkestan“ (englisch: East Turkistan Liberation Organization, ET-LO), die das chinesische Ministerium für öffentliche Sicherheit und der UN-Sicherheitsrat als terroristische Gruppierung einstuft, ein Videoband. Darin sollen drei maskierte Männer mit Maschinengewehren zu sehen sein, die in uigurischer Sprache verkünden, „to use all means to launch war against the Chinese government“, und die Bevölkerung Xinjiangs zum Boykott der Feierlichkeiten am 1. Oktober d.J. aufrufen. Übermittler der Botschaft war nach Angaben von BBC das ostturkestanische Informationszentrum in München, eine ebenfalls von chinesischer Seite als terroristisch eingestufte Gruppierung. Sollte das Videoband echt sein, dann wäre dies die erste offene Kampfansage gegen die chinesische Regierung. Ein Videoband als Medium zu verwenden, erinnert dabei an das Vorgehen des Terrornetzwerkes Al Qaida.

Zeitgleich warnte die Dachorganisation der nach Unabhängigkeit strebenden Uiguren, der im April 2004 in München gegründete World Uyghur Congress (WUC), davor, dass

die parteistaatliche Politik der politischen Suppression, der kulturellen Assimilation, der wirtschaftlichen (Ressourcen-) Ausbeutung, der ökologischen Destruktion und der Rasendiskriminierung die Region nach und nach in eine Zeitbombe verwandelte und damit China-kritische Gefühle intensivierte. Ferner widersprach der WUC in seiner Erklärung der parteistaatlichen Interpretation der Gründungsgeschichte der Autonomen Region Xinjiang. Seiner Meinung nach habe Mao Zedong der Bevölkerung Ostturkestans 1955 Selbstbestimmung und völlige Unabhängigkeit versprochen.

Wenngleich sich der WUC deutlich von Gewaltanwendungen distanziert und ein solcher Jahrestag grundsätzlich Anlass zur Selbstpositionierung bietet, muss diese neue Form der Ankündigungen seitens der ET-LO durchaus als Steigerung der Gewaltbereitschaft gewertet werden. Gemeinsam mit den jüngsten Erklärungen und Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung der parteistaatlichen Führung im August und September d.J., besteht durchaus Grund zur Annahme, dass die gewalttätigen Übergriffe auf beiden Seiten und die Repressalien gegen die Uiguren zunehmen werden (vgl. C.a., 5/2005, Dok 11). (SCMP, 30.9.05; RMRB 29.9.05; QS website, 1.10.05, nach BBC PF, 6.11.05; MB, 1.10.05, nach BBC PF, 4.10.05; ZTS, 1.10.05, nach BBC PF, 3.10.05; BBC *News Asia-Pacific online*, 30.9.05; *Economist*, 3.12.05) -kw-

## 10 Taishi – Lokale Proteste mit nationaler Tragweite

Nach den zahlreichen Meldungen über soziale Proteste in ländlichen und städtischen Regionen Chinas, die sich in diesem Jahre gehäuft haben, ist das Dorf Taishi in der südostchinesischen Provinz Guangdong zum jüngsten Emblem erbitterten bäuerlichen Widerstands gegen die Korruption lokaler Funktionäre geworden. Die lokalen Protestaktionen, die zwischen Ende Juli und Oktober 2005 über einen Zeitraum von mehr als drei Monaten eskalierten,



haben auf nationaler und internationaler Ebene große Aufmerksamkeit erregt.

So weit aus internationalen Medienberichten rekonstruiert werden kann, war Chen Jinshen, der Dorfvorsteher des 2.075 Einwohner zählenden Dorfes Taishi im Einzugsgebiet der Provinzhauptstadt Guangzhou im Sommer d.J. unter Verdacht geraten, im Zusammenhang mit der Vergabe von Landnutzungsrechten rund 100 Mio. RMBY veruntreut zu haben. 584 Bewohner hatten daraufhin einen Antrag zur Abberufung Chens unterzeichnet und damit eine gesetzliche Bedingung erfüllt, wonach für einen entsprechenden Antrag ein Quorum von mindestens einem Fünftel der Wahlberechtigten vorgesehen ist. Um die kommunalen Rechnungsbücher zu bewachen, die nach Überzeugung der Bauern den Nachweis für die Korruption des Dorfvorstehers enthielten, besetzten die Protestierenden den Sitz der Dorfgemeinschaft. Zur Untermauerung ihres Anliegens traten einige Bauern in den Hungerstreik. Eine chinesische Professorin von der Sun-Yatsen-Universität in Guangzhou, die Anfang September mit zwei Kollegen nach Taishi gereist war, um dort mehr über die Hintergründe der Proteste zu erfahren, wurde von dörflichen Sicherheitskräften tätlich angegriffen. Anlässlich eines Besuchs des Ministerpräsidenten Wen Jiabao in der Provinz Guangzhou Mitte September wandte sich die Professorin in einem offenen Brief mit der Aufforderung an diesen, sich den Vorfällen in Taishi persönlich anzunehmen.

Die Lage eskalierte, nachdem die amtierende Dorfgemeinschaft sich weigerte, auf die Rücktrittsforderungen einzugehen und stattdessen bewaffnete Sicherheitskräfte entsandte. Als am 12. September über 1.000 Polizisten den Regierungssitz stürmten, kam es zu heftigen gewalttätigen Zusammenstößen mit den Bauern. Mehrere Dutzend Protestierende wurden verhaftet, darunter ein aus Beijing angereister Rechtsanwalt, der die Bauern in Taishi während der Wochen in ihrer Sache unterstützt und sich selbst

an der Hungerstreikaktion beteiligt hatte. Durch die Mobilisierung mehrerer prominenter Juristen in Beijing und Guangzhou durch den verhafteten Rechtsanwalt erhielten die Vorfälle in Taishi seit Mitte September breite Publizität in den Hongkonger und internationalen Medien. Mehrere Korrespondenten internationaler Tageszeitungen und chinesische Aktivisten versuchten daraufhin, vor Ort zu recherchieren und wurden Zeugen bzw. sogar Opfer gewalttätiger Übergriffe lokaler Sicherheitskräfte, die rigoros gegen jegliche Interventionen von außen vorgingen.

Die lokalen Behörden des dem Dorf Taishi übergeordneten Verwaltungsbezirks Panyu unternahmen unterdessen zahlreiche Anstrengungen, um dem formalen Antrag auf Abberufung Chen Jinshens entgegenzuwirken. Nach staatlichen Medienberichten hatte eine zwischenzeitlich durchgeführte Untersuchung durch eine unabhängige Kommission erwiesen, dass die Korruptionsvorwürfe nicht stichhaltig seien. Nach Einschüchterungsmaßnahmen traten Ende September die Mitglieder eines von den Antragstellern gewählten 7-köpfigen Komitee zurück, das die rechtmäßige Durchführung der für Anfang Oktober anberaumten Abwahl des Dorfvorstehers überwachen sollte. Durch persönliche Besuche von Distriktvertretern in den Bauernhaushalten von Taishi gelang es außerdem, 396 der 584 Antragsteller dazu zu bewegen, ihre Unterschriften zurückzuziehen, sodass die gesetzlichen Voraussetzungen für den Antrag auf Abberufung Chen Jinshens nicht mehr erfüllt waren. Wie von Augenzeugen berichtet wurde, hat sich unter der Bevölkerung eine lähmende Angst vor weiteren Vergeltungsmaßnahmen breit gemacht. Unklar ist, wie viele Protestierende sich derzeit noch in Haft befinden.

Die Protestaktionen der Bewohner von Taishi, die in internationalen Medien als Beweis für die demokratische Mitbestimmung chinesischer Bauern gefeiert wurden, müssen damit vorerst als vollständig gescheitert gelten. Zugleich zeigt der Ver-

lauf des Konflikts aber auch die starke Eigendynamik, die lokale Protestaktionen durch die überregionale Involvement von Juristen, Akademikern, Aktivisten und ausländischen Journalisten entfalten können. Wie in der Agenda der jüngsten ZK-Plenartagung der KPCh Anfang Oktober zum Ausdruck kam, ist die parteistaatliche Führung durch die jüngsten sozialen Protest hochgradig alarmiert und stark darum bemüht, die Ursachen der sich häufenden gesellschaftlichen Unruhen zu beseitigen. Ob die ergriffenen Maßnahmen zum Abbau der eklatanten sozioökonomischen Disparitäten tatsächlich greifen werden, steht allerdings auf einem anderen Blatt (vgl. Fokus von Heike Holbig zur jüngsten ZK-Plenartagung im vorderen Teil dieses Heftes). (SCMP, 28.9., 1., 6., 7., 10., 11.10.05; MB, 27.9.05, nach BBC PF, 28.9.05; WSJ, 6.10.05; *Guardian*, 26.9.05; *taz*, 12.10.05) -hol-

## 11 Internetkontrolle – jüngste Entwicklungen

In den zurückliegenden Wochen sind mehrere Webseiten und „Blogs“ (Web logs) wegen politisch unliebsamer Inhalte von parteistaatlicher Seite verboten bzw. mit Auflagen zur inhaltlichen „Säuberung“ temporär geschlossen worden. Vor dem Hintergrund neuer gesetzlicher Bestimmungen zur Verbreitung von Internetinformationen deuten die jüngsten Zensurmaßnahmen auf eine auch in der Praxis verschärfte Kontrolle des chinesischen Internets.

Ende September 2005 war das von Beijing aus betriebene „Yannan Forum“ (*Yannan wang*; [Yannan.cn](http://Yannan.cn)), das sich seit rund einem Jahr für seine hintergründigen Analysen und Diskussionen sozialer Probleme unter Intellektuellen großer Beliebtheit erfreute, geschlossen worden. Nach Angaben der Betreiber sei man dazu aufgefordert worden, eine „vollständige Säuberung und Neuausrichtung“ der Webseite zu leisten, bevor sie wieder geöffnet werden könnte. Kommentatoren vermuten einen Zusammenhang der Schließung mit Berichten und Kommentaren über die



jüngsten sozialen Proteste und Gewaltkonflikte im Dorf Taishi in der Provinz Guangdong (vgl. vorangehende Dokumentation), die auf dem Yannan Forum geschaltet waren.

Ebenfalls im Zusammenhang mit den Vorfällen in Taishi dürfte einem Bericht der Organisation Reporter ohne Grenzen das Verbot eines über China hinaus bekannten Blogs mit dem Titel „Wang Yis Mikrophon“ Anfang November stehen. Auch hier waren zuletzt Kommentare über die gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Dorfbevölkerung und Behörden verbreitet worden. „Wang Yis Mikrophon“, das von dem in Hainan ansässigen erfolgreichen Internetportal „Tianya“ aus betrieben wird, war kurz zuvor von der Deutschen Welle für einen Preis in der Rubrik „Beste Blogs“ nominiert worden.

Wie durch Berichte der Organisation Reporter ohne Grenzen Anfang Oktober außerdem bekannt wurde, waren zudem zwei Webseiten in der Inneren Mongolei wegen des Vorwurfs der Verbreitung „separatistischer“ Inhalte von Schließungen betroffen. Zum einen handelte es sich dabei um Ehoron.com, ein populäres Online-Diskussionsforum für mongolische Studenten. Das Forum hatte kritische Kommentare über einen chinesischen Zeichentrickfilm verbreitet, in dem Tschingis Khan in Gestalt einer Kreuzung zwischen Maus und Schwein karikiert wurde. Zum anderen wurde die Webseite einer Rechtsanwaltskanzlei, Monghal.com, vorübergehend geschlossen, nachdem die Nutzer dazu aufgefordert worden waren, gegen den besagten Zeichentrickfilm zu klagen. Letztere Seite konnte wieder geöffnet werden, nachdem die Betreiber sich verpflichtet hatten, „keine Informationen separatistischen Typs mehr“ zu verbreiten.

Die jüngsten Zensurmaßnahmen erscheinen im Gefolge von neuen gesetzlichen Bestimmungen zur Verbreitung von Online-Informationen, die am 25. September bekannt gemacht wurden und am selben Tag in Kraft traten, als Ausdruck einer neuerlichen Verschärfung der In-

ternetkontrolle auch in der Praxis. Die gemeinsam vom Ministerium für Informationsindustrie und dem Informationsbüro des Staatsrats erlassenen Regelungen fassen frühere Regelungen zusammen und ergänzen sie in Teilen. Danach sollen zukünftig nur noch solche Nachrichten online verbreitet werden dürfen, die von staatlichen Medienorganen und Nachrichtenagenturen autorisiert worden sind. Verboten ist die Verbreitung von Meldungen, die die staatliche Sicherheit beeinträchtigen oder Staatsgeheimnisse verraten, die staatliche Einheit gefährden oder staatliche Interessen schädigen, die die soziale Ordnung und Stabilität beeinträchtigen oder die pornographische, unwahre oder gewaltverherrlichende Inhalte wiedergeben. Untersagt ist insbesondere auch die Verbreitung von Informationen, die geeignet sind, die Bevölkerung zu illegalen Versammlungen, Demonstrationen, Aufmärschen oder Zusammenkünften aufzuwiegeln und die soziale Ordnung zu beeinträchtigen, sowie von Informationen, die von „illegalen zivilen Organisationen“ veröffentlicht worden sind. Bei Zuwiderhandlungen drohen Geldstrafen von bis zu 30.000 RMB (ca. 3.100 EUR) oder gar die Schließung der betreffenden Webseite.

Neu ist auch eine erweiterte rechtliche Definition des Begriffs „Nachrichten“: Neben regulären Nachrichtenmeldungen umfassen diese nun auch „Berichte und Kommentare über politische, wirtschaftliche, militärische, außenpolitische und andere öffentliche Angelegenheiten von sozialer Relevanz“. Damit sind in Zukunft potenziell auch die zunehmend beliebten „Blogs“ direkt von den neuen Bestimmungen betroffen, deren Reiz unter anderem im spontanen Austausch von Meldungen aller Art und begleitenden persönlichen Kommentaren besteht. (SCMP, 5.10.05; WSJ, 25., 26., 27., 30.9., 4.10., 3.11.05; IHT, 25.9.05; FT, 27.9.05; www.chinadigitaltimes.net, 26.9., 3.10.05) -hol-

## 12 Prominenter Antikorruptionskämpfer wegen Bestechlichkeit zu lebenslanger Haftstrafe verurteilt

Der Leiter der Finanzkommission in Fuzhou (Provinz Fujian), Huang Jingao, galt seit den Enthüllungen zu seiner schwierigen Aufdeckung von Korruptionsdelikten bislang als rechtschaffener Antikorruptionskämpfer. Im November 2005 musste er sich nun selbst den Vorwürfen der Bestechlichkeit stellen und wurde im Gefolge zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt. Über die Hintergründe dieses plötzlichen Wandels vom Helden zum Gesetzesbrecher wird seither national wie international spekuliert.

Noch im August 2004 hatte Huang Jingao wegen seines offenen Briefes in der Parteizeitung *Renmin Ribao* für Schlagzeilen gesorgt, in dem er öffentlich und ohne Abstimmung mit der parteistaatlichen Führung erklärt hatte, aufgrund seiner Nachforschungen zu lokalen Korruptionsfällen jahrelang Drohbriefe erhalten zu haben und um sein Leben bangen zu müssen. In der Folge galt der Funktionär einerseits als pflichttreuer Antikorruptionskämpfer, andererseits bestritt die parteistaatliche Führung derartige Vorkommnisse bereits kurz nach ihrer Bekanntgabe und verhängte stattdessen eine Nachrichtensperre (vgl. C.a. 2004/8, Ü 8). Im Dezember 2004 hatte dann das Verschwinden Huang Jingaos und dessen Ehefrau aus einem Hotelzimmer in seiner Heimatstadt Fuzhou für Aufregung gesorgt (vgl. C.a. 2004/12, Ü 11). Im Nachgang wurde Huang Jingao Bestechlichkeit zur Last gelegt, sodass er Ende Juni 2005 aus dem Volkskongress in Fuzhou und als Repräsentant im Volkskongress des Kreises Lianjiang ausgeschlossen wurde. Im August 2005 erfolgte dann die Anklage wegen der Annahme von ca. 5,8 Mio. RMB.

Obwohl das Strafmaß bei Korruptionsfällen dieser Größenordnung nicht ungewöhnlich ist, bleibt ungeklärt, ob die Korruptionsvorwürfe in diesem besonderen Fall gerechtfertigt sind. Personen aus seinem



Umkreis mutmaßen, dass Huang's Verurteilung auf die Furcht einiger Funktionäre zurückzuführen ist, selbst als korrupt entlarvt werden zu können. Weitere kritische Anmerkungen und Zweifel an der plötzlichen Metamorphose des einstigen Antikorruptionskämpfers fanden sich für kurze Zeit unmittelbar nach der Veröffentlichung des Strafmaßes auf dem Internet Bulletin Board der staatlichen Nachrichtenagentur Xinhua. Dort wurde sogar spekuliert, ob Korruptionsvorwürfe heutzutage nicht als probates Mittel gegen Dissidenten angewendet würden.

Unterdessen nahm das Ständige Komitee des Nationalen Volkskongresses im Oktober 2005 die UN-Konvention gegen Korruption an, womit der Strafverfolgung von korrupten Kadern und Geschäftsleuten auch nach ihrer Flucht ins Ausland nichts mehr im Wege steht. Die UN-Konvention wird im Dezember 2005 in Kraft treten. Als weitere Maßnahme im Antikorruptionskampf sollen ab 2006 die Namen von Personen aus den Branchen Bau, Finanzen, Bildung und Medizin sowie aus der staatlichen Auftragsvergabe veröffentlicht werden, die Bestechungsgelder zahlen. Die relevanten Daten sollen bis 1997 zurückreichen. In einem Pilotprojekt praktizierten einige Provinzen die Veröffentlichung von Namen bereits im vergangenen Jahr. Als Resultat wurden aufgeführte Bieter für Bauprojekte dort bereits von einer Teilnahme an neuen Projekten ausgeschlossen. (SCMP, 11.11.05; WSJ, 11.11.05; XNA, 27.10., 9.11.05; ST, 4.11.05) -kw-

### 13 UN-Beauftragter äußert sich zu Foltervorwürfen

Manfred Nowak, Sonderbeauftragter der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen zum Thema Folter, hat die chinesische Regierung im November vom Vorwurf systematischer Folter entlastet, zugleich jedoch bestätigt, dass Folterpraktiken im chinesischen Justizsystem weit verbreitet seien. Der Wiener Rechtsprofessor lobte die Kooperati-

onsbereitschaft der chinesischen Seite, die ihm auf seiner 12-tägigen Recherchereise, der ersten dieser Art in der Volksrepublik, freien Zugang zu verschiedenen Haftanstalten des Landes gewährt habe – im positiven Unterschied etwa zu der US-amerikanischen Regierung, die eine Überprüfung der Situation im Gefangenenlager auf Guantanamo Bay kürzlich verweigert habe. Er lobte außerdem das geschärfte Bewusstsein chinesischen Politiker und Justizvertreter für die Rechte von Häftlingen.

Internationale Kommentatoren warfen dem UN-Menschenrechtsbeauftragten vor, er habe vor der chinesischen Seite aus Rücksicht auf politische Empfindlichkeiten einen „Kniefall“ vollzogen. Bei seinen Recherchen habe er bewusst Zurückhaltung gegenüber seinen Gastgebern geübt und gewisse methodische Mängel in Kauf genommen. Insbesondere habe er auf eine Überprüfung psychiatrischer Kliniken gänzlich verzichtet, die nach Angaben verschiedener internationaler Menschenrechtsorganisationen als Abschiebestätten für politische Häftlinge jenseits offizieller Haftanstalten missbraucht würden und in denen Folterpraktiken systematisch zum Einsatz kämen (vgl. C.a., 2000/6, Ü 18, 2001/2, Ü 14).

Entsprechende Vorwürfe waren Anfang November von Wang Wanxing bestätigt worden, der nach 13-jähriger Haft in einer von der chinesischen Polizei betriebenen psychiatrischen Anstalt im August entlassen worden war und zu seiner in Deutschland lebenden Familie ausreisen durfte. Der 56-Jährige war im Juni 1992 verhaftet worden, als er auf dem Tiananmen-Platz in Beijing durch ein Banner an die blutige Niederschlagung der Studentenproteste im Juni 1989 erinnerte. Wie Wang nach seiner Ankunft in Deutschland berichtete, seien Gewalttätigkeiten unter den Insassen von der Anstaltsleitung geduldet worden. Hungerstreikende Häftlinge seien zwangs-ernährt worden. Auch seien Gefangene vor den Augen der Mitinsassen häufig an die Betten gekettet und mit Stromschlägen misshandelt worden. Er selbst sei dabei Zeu-

ge von mindestens einem Todesfall geworden. (SCMP, 2., 3., 22.11.05; WSJ, 1.11.05; NZZ; 3.11.05; taz, 3./4.12.05) -hol-

---



---

## Bildung und Wissenschaft

Katrin Willmann

---



---

### 14 Erfolgreicher Abschluss des zweiten bemannten Raumflugs

Die zweite bemannte Raumfahrtmission in der Geschichte der VR China wurde am 17. Oktober 2005 nach Rückkehr der Raumkapsel Shenzhou VI erfolgreich beendet.

Die beiden „Taikonauten“ (eine Wortschöpfung westlicher Medien in Anlehnung an das chinesische Wort für Weltraum *taikong*) Fei Junlong und Nie Haisheng starteten am 12. Oktober 2005 zu ihrem fünftägigen Raumflug vom chinesischen Raumfahrtzentrum Jiuquan in der nordwestchinesischen Provinz Gansu. Wichtige Daten zum Flug der Shenzhou VI (chinesisch für „göttliches Gefährt“) wie das Abflugdatum, die Uhrzeit und die Namen der aus einem Kreis von sechs auserwählten Taikonauten waren erst am Abflugtag selbst veröffentlicht worden. Die Dauer des Raumflugs war auch nach dem Start noch nicht bekannt gewesen. Zuvor hatten Spekulationen zufolge zunächst als Termin der 13. Oktober und als aussichtsreichster Kandidat neben Nie Haisheng Zhai Zhigang gegolten (vgl. C.a., 5/2005, Dok 20). Die Raumkapsel landete am 17. Oktober in Hongoersumu in der Inneren Mongolei. Die Ausgaben für diese Mission beliefen sich auf rund 900 Mio. RMB.

Im Gegensatz zum ersten bemannten Raumflug im Oktober 2003 begleiteten diesmal das chinesische Staatsfernsehen und -radio das nationale Großereignis mit einer Live-Übertragung vom Start und umfassenden Berichterstattungen wäh-